

Federf.

Vorlage für den	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Rat	Ratsherr Peine	12.02.2004	

öffentliche Sitzung

Betrifft:

Dringlichkeitsantrag gem. § 48 Abs. 1 Satz 5 GO NW

hier: Antrag des Ratsherrn Peine

- Viterra Verkauf -

Begründung:

(ggf. zusätzlich)

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

zumindest für die Öffentlichkeit und die betroffenen Mieter völlig überraschend wurden Anfang 2004 allein in Gladbeck 2128 Wohnungen von der Viterra an eine bis dahin unbekannte Münchener Firma verkauft. Noch gänzlich ungeklärt sind die individuellen längerfristigen Folgen für die betroffenen Mieter und die Auswirkungen auf die Wohnungsmarktlage und die Stadtentwicklung.

Weitere Massenverkäufe drohen und sind von der Viterra in der Presse bereits angedeutet worden. Hieraus ergibt sich die Dringlichkeit. Eine Behandlung dieses Themas erst in der Bauausschusssitzung im März 2004 könnte in Hinblick auf die unberechenbare Vorgehensweise der Viterra bereits zu spät sein.

Die DKP wird folgende Resolution zur Abstimmung vorschlagen:

Die Viterra wird unter eindringlichen Hinweis auf wirtschaftliche und politische Konsequenzen nachdrücklich aufgefordert, weitere Massenverkäufe von Wohnungen ohne vorherige Konsultation mit dem parlamentarischen Gremien (Bauausschuß und Sozialausschuß) zu unterlassen.

Die Viterra wird aufgefordert, ihrer sozialen Verantwortung gem. Art. 14 des Grundgesetzes gerecht zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ratsherr Franz-Josef Peine

Mitzeichnungen				
Bürgermeister	Erster Beigeordneter:	Beigeordneter/ Stadtkämmerer:	Beigeordneter/ Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

Beschlussentwurf:

Die Viterra wird unter eindringlichen Hinweis auf wirtschaftliche und politische Konsequenzen nachdrücklich aufgefordert, weitere Massenverkäufe von Wohnungen ohne vorherige Konsultation mit dem parlamentarischen Gremien (Bauausschuß und Sozialausschuß) zu unterlassen.

Die Viterra wird aufgefordert, ihrer sozialen Verantwortung gem. Art. 14 des Grundgesetzes gerecht zu werden.

In der Sitzung des

_____-Ausschusses

Rates

Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: